



JETZT. ZUKUNFT.

**WOHLSTAND UND SICHERHEIT
AUCH MORGEN.**

Klausur des Vorstands der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

2. September 2020

Den Herausforderungen durch die Corona-Pandemie ist Deutschland kraftvoll, mit Augenmaß, Entschlossenheit und Tatkraft entgegengetreten. Wir alle – sowohl der Staat als auch seine Bürgerinnen und Bürger – haben in den vergangenen Monaten Außergewöhnliches geleistet. Mit den größten Konjunkturpaketen der bundesdeutschen Geschichte haben wir unsere Wirtschaft auf einen Erholungskurs gebracht. Unser erfolgreiches Kurzarbeits-Modell hält den Arbeitsmarkt stabil und unterstützt die Unternehmen dabei, wertvolle Arbeitskräfte für den Aufschwung nach der Krise zu halten.

Unsere Bürgerinnen und Bürger beweisen Eigenverantwortung. Das zeigt sich beim Einhalten der Abstandsregeln, beim Tragen von Masken, bei der Hilfe für Mitmenschen. Unsere Schulen öffnen wieder und setzen innovative und kreative Lösungen um, damit unsere Kinder auch unter Pandemiebedingungen unterrichtet werden.

Ein entschlossen handelnder Staat und engagierte Bürgerinnen und Bürger sind die beste Voraussetzung, damit Deutschland gestärkt aus der Krise hervorgehen kann. Jetzt haben wir die Chance, die Weichen für unser Land neu zu stellen. Jetzt sind wir in der Pflicht, Deutschland fit und wettbewerbsfähig für das 21. Jahrhundert zu machen. Jetzt müssen wir die Grundlagen legen, um Wohlstand und Sicherheit langfristig zu erhalten.

Die Zukunft gestalten wir – jetzt.

1. Wir modernisieren:

In diesen Tagen darf es nicht einfach darum gehen, die Pandemie zu bewältigen. Jetzt gilt es, unserem Land dauerhaft einen Platz unter den erfolgreichsten Industrienationen zu sichern. Dafür setzen wir auf Modernisierung und Digitalisierung.

a) Zukunftsquote für den Bundeshaushalt

Wir haben in den vergangenen Jahren bereits viel in Bildung und Forschung, neue Technologien und unsere Infrastruktur investiert. Auch mit dem Konjunktur- und Zukunftspaket hat die Koalition sich ganz konkrete Zukunftsprojekte vorgenommen. Das allein reicht noch nicht. Wir müssen den Bundeshaushalt generell stärker auf Zukunftsprojekte ausrichten.

→ Wir wollen bezogen auf den **Bundeshaushalt** neben der bisherigen Investitionsquote künftig auch eine **Zukunftsquote** ausweisen. So betonen wir den starken Zukunftsbezug des Bundeshaushaltes. Außerdem stellen wir sicher, dass der Bund statt nach Kassenlage von nun an kontinuierlich in Bildung und

Forschung, neue Technologien, die Digitalisierung aller Lebensbereiche, moderne Infrastruktur und Landwirtschaft, Umwelt- und Klimaschutz sowie Entwicklungshilfe nachhaltig investiert.

b) „Neustaat“ kreativ und auf neuen Wegen umsetzen

Mit „Neustaat“ haben fast 30 Abgeordnete unserer Fraktion zusammen mit Verwaltungsexperten über 100 innovative Ideen für ein leistungsfähiges, modernes Staatswesen im Sommer vorgelegt. Die Umsetzung ist klassischer Weise Aufgabe von Bundes- und Landesverwaltungen. Dennoch wollen wir uns jetzt aktiv bei der Umsetzung mit unserem Sachverstand und unserer Erfahrung einbringen. Wir packen mit an.

→ Wir arbeiten mit an der Umsetzung neuer Ideen aus „Neustaat“, damit unser Staat moderner wird und Innovationen gelingen. Daher wird sich eine Projektgruppe aus Mitgliedern unserer Fraktion mit Praktikern um die Umsetzung von 3 konkreten Projekten innerhalb der nächsten 12 Monate kümmern.

c) Digitale Bildungsoffensive

Mit dem Digitalpakt Schule hat der Bund in den vergangenen Jahren in großem Umfang Länder und Gemeinden bei Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur unterstützt. Doch die Corona-Krise hat den großen Nachholbedarf bei der Ausstattung mit digitalen Endgeräten von Schulen und Lehrern aufgezeigt. Daher hat der Koalitionsausschuss am 25. August 2020 eine finanzielle Unterstützung der Länder beschlossen.

Mit der Diskussion um Geräte muss auch die Diskussion um Inhalte digitaler Bildung einhergehen. Wir wollen, dass digitales Fachwissen und neue Arbeitsmethoden als zusätzliche Grundlagenkompetenz Eingang in die Unterrichtsgestaltung finden. Dazu gilt es, neue Wege zu gehen.

→ Die Länder sollen bis zum Frühjahr 2021 jeden Lehrer mit einem **dienstlichen Endgerät (Tablets bzw. Laptops)** ausstatten. Wir fordern die Bundes- und Landesregierungen auf, entsprechend schnell die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

→ Wir fördern **innovative Bildungsideen** und unterstützen als Bund mit dem Digitalpakt Schule, der Bildungsplattform und den Bildungszentren die Länder dabei, die Voraussetzungen für eine neue Lernkultur an unseren Schulen zu schaffen.

2. Wir unterstützen

Die Familien und unser Gesundheitssystem sind in der Corona-Pandemie neuen Belastungen ausgesetzt – unsere Aufgabe ist es, ihnen zu helfen.

Eltern haben in den vergangenen Monaten Enormes geleistet bei der Bewältigung des Alltags, im Beruf, bei der Betreuung und Beschulung von Kindern. Daher wollen wir sie weiter stärken und mit einer guten Betreuungsstruktur den Alltag erleichtern.

Außergewöhnliches Engagement bewiesen auch unsere Ärzte, Pfleger und Fachkräfte. Sie alle sind wichtiger Bestandteil eines hervorragenden Gesundheitssystem, dessen Fundament nun ausgebaut werden muss.

a) Das Fundament unserer Zukunft stärken – konkrete Hilfe für Familien.

Der Bund hat in den vergangenen Jahren mit Milliarden massiv den Ausbau von Kitas vorangetrieben. Und das mit Erfolg: Deutschland ist familienfreundlicher geworden. Diesen Weg wollen wir weitergehen, denn aus Kitakindern werden Grundschul Kinder.

→ Der **Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung für Grundschulkin-der ab 2025** muss zwischen der Bundes- und den Landesregierungen bis Ende dieses Jahres vereinbart werden.

→ Wir unterstützen **Familien** mit der Erhöhung des Kindergeldes um 15 Euro und die Erhöhung des Kinderfreibetrages zum 1. Januar 2021. Dieses Gesetz werden wir zügig beraten.

b) Mehr Ärzte für unser Land

Deutschland verfügt über eines der besten Gesundheitssysteme der Welt. Das hat sich in den letzten Monaten gezeigt. Damit das so bleibt, brauchen wir u. a. genügend Ärzte, die in Kliniken, Praxen oder im öffentlichen Gesundheitsdienst arbeiten. Wenn man sich die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, neue Arbeitszeitmodelle und die alternde Gesellschaft vor Augen führt, wird klar, dass mehr Ärzte ausgebildet werden müssen. Der Ärztemangel ist besonders auf dem Land spürbar. Zudem müssen wir bereits jetzt Vorsorge treffen für 2030, wenn die Ärztegeneration der Babyboomer in den Ruhestand geht. Gleiches gilt für alle weiteren Bereiche des Gesundheitswesens.

→ Wir wollen die **Medizinstudienplätze** mittelfristig um 5.000 aufstocken. Dabei sollte die Aufstockung der unmittelbaren Patientenversorgung in Deutschland insbesondere auf dem Land zugutekommen und die **Landarztquote** erhöht werden.

3. Wir schützen:

Extremisten wollen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung bekämpfen. Sie versuchen, Grenzen zu verschieben, sie provozieren, sie schrecken nicht vor Gewalt zurück. Wir werden die vollen Möglichkeiten unseres Rechtsstaates dafür einsetzen, um sie frühzeitig zu enttarnen. Und wenn sie Straftaten begehen, muss der Staat sie konsequent, schnell und mit voller Härte betrafen.

a) Extremismus umfassend bekämpfen – auch digital

Wir bekämpfen Extremisten im Netz und auf der Straße. Dass wir dabei noch schlagkräftiger werden müssen, zeigen die rechtsextremistischen und antisemitischen Taten z. B. in Hanau und Halle, der islamistische Angriff auf der Berliner Stadtautobahn und die regelmäßigen linksextremistischen Taten z. B. in Leipzig. Damit solche Extremisten wirksamer bekämpft werden können, muss der Verfassungsschutz mehr Befugnisse bekommen. Bestehende Befugnisse müssen in der digitalen Welt anwendbar bleiben. Insbesondere müssen wir unsere Sicherheitsbehörden besser in die Lage versetzen, digital kommunizierende Extremisten und Täter frühzeitig zu erkennen und ausfindig zu machen.

→ Den Gesetzentwurf zum **Verfassungsschutz** muss die Bundesregierung zügig vorlegen, eine weitere Verzögerung ist nicht hinnehmbar. Wir wollen darüber hinaus das **Bundeskriminalamt** personell weiter stärken, damit wir im Kampf gegen Extremisten, die Organisierte Kriminalität und die Drogenkriminalität den Verfolgungsdruck erhöhen.

b) Strafrecht bei Mindest- und Bewährungsstrafen überprüfen

Wir passen das Strafrecht immer wieder punktuell neuen Lebenswirklichkeiten an, so wie aktuell die Regelungen zur Bekämpfung des Kindesmissbrauchs. Dabei ist es wichtig, dass genügend hohe Strafrahmen in der Praxis nicht nur schuldangemessene Strafen, sondern auch den Einsatz geeigneter Ermittlungsinstrumente gestatten. Ob beim Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, beim tätlichen Angriff auf sie, bei Straftaten unter Drogen- oder Alkoholeinfluss, bei den als Bagatelldelinquenz ausgestalteten Computerdelikten oder beim Cybermobbing: Bei einer Vielzahl von Delikten hat sich gezeigt, dass die derzeitigen Strafrahmen auf den Prüfstand gehören. Auch das System der Bewährungsstrafen wollen wir überprüfen, wie es seinem Anspruch einer effektiven Warnfunktion für den Täter unter Berücksichtigung der Opfer besser gerecht werden kann. Dabei gilt es auch, Kettenbewehrungen abzuschaffen.

→ Wir wollen mit Experten analysieren, ob die **Mindest- und Höchststrafen** noch heutigen Wertvorstellungen entsprechen und wie **Bewährungsstrafen** effektiver ihr Ziel einer Strafe mit Warnschuss erreichen.

4. Wir bewahren

Wir haben zum Schutz der Umwelt und des Klimas viel auf den Weg gebracht, um die Natur zu bewahren und den Klimawandel abzuschwächen. Eine nachhaltige Politik geht aber über Klima- und Umweltschutz hinaus: Sie umfasst die Nutzung neuer Technologien zur Bewältigung der Menschheitsprobleme, eine kluge Verkehrspolitik, eine innovative Landwirtschaftspolitik und eine solide Finanz- und Haushaltspolitik.

a) Generationengerechtigkeit: Finanzielle Solidität wichtig

In der Corona-Krise zu sparen und rigide auf die „Schwarze Null“ zu setzen, hätte die Krise erheblich verschärft und war daher keine Alternative. Dennoch kann und darf die Corona-Pandemie nicht als dauerhafte Ausrede zum Schuldenmachen dienen. Wir stärken jetzt gezielt unsere Wirtschaft, verbessern Strukturen und investieren in die Zukunft. Ab 2022 müssen wir den Bundeshaushalt wieder im Rahmen der normalen Schuldenbremse aufstellen. Denn nur so schaffen wir nötige Finanzpolster für künftige Krisen und hinterlassen unseren Kindern und Enkeln keinen unbeherrschbaren Schuldenberg.

→ Als Union wollen wir so schnell wie möglich zu normalen Haushalten zurück, um damit auch in **Zukunft finanzielle Spielräume** zu haben.

b) Vermeidung von und höhere Recyclingquote bei Plastikmüll

Zu einer nachhaltigen Wirtschaft gehört auch die Vermeidung von Abfall, Wiederverwendung und Recycling. Wir haben hier in den vergangenen Jahren durch umfangreiche rechtliche Vorgaben bereits wichtige Fortschritte erzielt. Wir wollen Stoffkreisläufe schließen und so zu einer größeren Ressourceneffizienz beitragen. Dazu erhöhen wir die Recyclingquoten weiter und werden Recyclingtechnologien weiter ausbauen und modernisieren. Wir wollen den Einsatz von Sekundärrohstoffen und die stärkere Berücksichtigung von Ressourcenschutz beim Produktdesign weiter verbessern.

→ Wir wollen die **Menge an Plastikmüll reduzieren** und den verbleibenden Plastikmüll besser recyceln, indem wir auf wissenschaftlicher Grundlage prüfen, welche weiteren Produkte aus Kunststoff verzichtbar sind, weil ökologisch günstigere und bezahlbare Alternativen existieren. Mit dem Verbot bestimmter Einwegplastikartikel (z.B. Besteck, Trinkhalme, Wattestäbchen) sowie Kunststofftragetaschen unternehmen wir hier bereits erste wichtige Schritte. Wir wollen Produkte und Produktgruppen identifizieren, bei denen

der Einsatz von Rezyklaten in stärkerem Maße möglich ist, bis hin zu verbindlichen Einsatzquoten.

c) Klimafolgen und Anpassung: mehr Widerstandsfähigkeit

Wir wollen den Klimawandel so weit wie möglich eindämmen und unsere selbst gesteckten Klimaziele erreichen. Dabei sind wir auf einem guten Weg. Mit dem Klimaschutzprogramm 2030 gehen wir diesen Weg konsequent weiter. Dennoch sind die Folgen des Klimawandels spürbar. Wir müssen unsere Widerstandsfähigkeit, unsere Resilienz gegenüber dem Klimawandel erhöhen.

→ Daher werden wir eine **Resilienzstrategie** entwickeln, um die Verwundbarkeit gegenüber Folgen des Klimawandels zu minimieren. Dazu gehören Anpassungen in den Bereichen Städtebau, Gesundheitswesen und Landwirtschaft.

5. Wir verteidigen unsere Werte

Seit Wochen machen die mutigen Demonstrationen in Belarus deutlich, dass Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und die Wahrung der Menschenrechte keine Selbstverständlichkeit sind, sondern immer wieder erkämpft und verteidigt werden müssen. Jahrzehntlang waren die Bürgerinnen und Bürger im Osten unseres Landes selbst der Repression durch ein Unrechtssystem ausgesetzt, aus der sie sich selbst befreiten. Nicht zuletzt aus dieser Erfahrung heraus stehen wir heute fest an der Seite der Menschen, die friedlich gegen staatliche Willkür und Gewalt und für politische Selbstbestimmung und eine Zukunft in Freiheit eintreten.

Unser Einsatz für Menschenrechte gründet sich auf dem christlichen Menschenbild. Unser internationales Handeln ist fest verankert in den Werten unserer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft. Als starkes Land in der Mitte Europas und weltweit vernetzte Wirtschaftsnation haben wir ein vitales Interesse an der Aufrechterhaltung einer friedlichen, stabilen, regelbasierten und gerechten globalen Ordnung. Gemeinsam mit unseren Partnern, vor allem in der EU und der NATO, werden wir uns in einer Zeit des schärfer werdenden geopolitischen Wettbewerbs neu behaupten müssen, um Frieden und Sicherheit in Europa zu erhalten, Beiträge zur Stabilisierung unserer direkten Nachbarschaft zu leisten, faire globale Handelsbeziehungen zu verhandeln und technische Innovationen zu nutzen.

→ Deutschland muss **bestehende Allianzen stärken** und neue Partnerschaften vor allem mit denjenigen Ländern erschließen, die unsere Werte und unser Interesse an effizienten und fairen multilateralen Spielregeln teilen.